

Januar / Februar 2009

Termine

02.03.2009-06.03.2009

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

09.03.2009-12.03.2009

Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Straßburg

11.03.2009-15.03.2009

Internationale Tourismus Börse

16.03.2009-20.03.2009

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

20.03.2009-29.03.2009

Märzmusik 2009
www.maerzmusik.de

23.03.2009-27.03.2009

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag sowie
Europäisches Parlament

04.04.2009

Berliner Halbmarathon

25.04.2009

Erste Lange Nacht der Opern
und Theater

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Die Bundesregierung hat mit dem zweiten Konjunkturpaket einen weiteren wichtigen Beitrag zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Das besonnene Handeln der Koalition in einer Situation, für die es bisher kein historisches Vorbild gibt, ist in erster Linie unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verdanken, die sich nicht zu hektischem Aktionismus hat hinreißen lassen. Dass die Maßnahmen nicht wirkungslos verpuffen, sondern erste Früchte tragen, ist eindrucksvoll den steigenden Verkaufszahlen neuwertiger Kleinwagen zu entnehmen.

Ein weiterer Punkt darf in diesen Tagen jedoch nicht übersehen werden. Vor dem



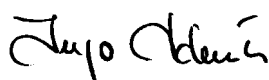
Hintergrund der dramatischen Lage, in der sich zahlreiche deutsche und internationale Banken befinden, muss die Suche nach den Ursachen weiter reichen als nur bis in die Chefetagen der Geldhäuser. Zweifelsohne sind dort kapitale Fehler gemacht worden. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, warum die Bankenaufsicht, also die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), zu großen Teilen überhaupt nicht oder jedenfalls zu spät eingeschritten ist. Wie konnte es geschehen, dass die staatlichen Kontrolleure keinerlei Veranlassung gesehen haben, Alarm zu schlagen? Die

CDU/CSU-Fraktion wird sich in den kommenden Monaten intensiv mit diesem Problem beschäftigen. Dabei wird es darum gehen, ob die Struktur der BaFin den veränderten Anforderungen noch gerecht wird und wie sie gegebenenfalls zu reformieren ist.

Gleichzeitig offenbart das Konjunkturprogramm II einmal mehr die innere Zerrissenheit der Sozialdemokraten. Zwar konnte im Bundestag ein breiter Konsens mit dem Koalitionspartner über die Notwendigkeit der jetzt eingeleiteten Schritte erzielt werden. Dennoch sprechen Müntefering, Steinbrück und Steinmeier nicht für die gesamte SPD. Insbesondere die Berliner Genossen haben sich erneut von der Linken überrumpeln lassen und bereits angekündigt, die deutsche Hauptstadt werde sich im Bundesrat entweder enthalten oder aber mit Nein stimmen. An diesem Wirrwarr wird deutlich, wie wichtig es für unser Land ist, nach der Bundestagswahl im September die Große Koalition zu beenden.

Ebenso mit Blick auf die Wahl des Bundespräsidenten führt die SPD Tag für Tag eine Seifenoper auf, die an Peinlichkeit kaum zu überbieten ist. Nicht genug damit, sich mit der Aufstellung einer eigenen Kandidatin sehenden Auges der Linken ausgeliefert zu haben, die sich daraus nun ihrerseits einen Spaß macht. Mit Genehmigung der Führungsebene betreibt Frau Schwan jetzt auch einen schäbigen Wahlkampf, wie er noch nie dagewesen ist. Billigend nimmt sie dabei in Kauf, das Amt des Bundespräsidenten nachhaltig zu beschädigen, wenn sie Horst Köhler etwa eine Erosion der Demokratie vorwirft. Dieser Vorgang ist einmalig und offenbart die ganze Schwäche von Franz Müntefering, der nicht in der Lage ist, dem Treiben endlich Einhalt zu gebieten.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Schmitt, MdB

CDU-geführte Bundesregierung auch in der Krise handlungsfähig

Von Peter Rzepka, MdB

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise stellt Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft vor gewaltige Herausforderungen: Viele Arbeitsplätze sind in Gefahr, mit besonderen Folgen für den Exportweltmeister Deutschland. Deshalb haben Bundesregierung und Bundestag in der vergangenen Woche mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Mit einer Mischung aus staatlichen Investitionen und einer Stärkung der privaten Kaufkraft beleben wir die Nachfrage und sichern damit Betriebe und Arbeitsplätze in Deutschland.

Mit einem Investitionsprogramm für Bund, Länder und Gemeinden im Umfang von 16,9 Milliarden Euro setzt die Große Koalition auf nachhaltige Zukunftsinvestitionen z.B. in Schulen, Hochschulen, Kindergärten, Krankenhäuser und die Verkehrsinfrastruktur. Mit der Umweltprämie von 2.500 Euro für die Verschrottung eines mindestens neun Jahre alten Autos bei Kauf eines umweltfreundlichen Neuwagens und der Neugestaltung der Kfz-Steuer unterstützen wir die deutsche Automobilindustrie und fördern umweltfreundliches Verhalten.

Wichtig ist uns auch, den privaten Konsum zu stärken und den Menschen in dieser schwierigen Situation mehr Netto vom Brutto zu belassen. Aus diesem Grund erhöhen wir den Grundfreibetrag in zwei Schritten auf 8.004 Euro und senken den Einkommensteuersatz von 15 auf 14 Prozent. Zur Bekämpfung der so genannten kalten Progression werden wir die jeweiligen Steuersätze erst bei höheren Einkommen beginnen lassen. Familien werden durch eine Einmalzahlung von 100 Euro pro Kind besonders unterstützt. Schließlich wird der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung bei 2,8 Prozent gehalten und in der Krankenversicherung um 0,6 Prozent abgesenkt.

Dank der guten Haushaltspolitik der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten Jahren steht unser Land heute wesentlich besser da als unter Rot-Grün. Der Gesamthaushalt war im vergangenen Jahr so gut wie ausgeglichen. Unsere Situation ist deutlich besser als die der meisten anderen europäischen Länder. Dennoch verpflichten wir uns, die nun krisenbedingt notwendigen neuen Schulden so schnell wie möglich zurückzuzahlen. Außerdem werden wir eine wirksame Schuldenbremse in das Grundgesetz aufnehmen. Damit stellen wir sicher, dass Haushaltsdisziplin trotz zusätzlicher Ausgaben in der Krise das wesentliche Ziel der Finanzpolitik bleibt.

Monika Grütters, MdB, mit Berliner Jugendlichen in der Israelischen Botschaft

Auf Initiative von **Monika Grütters, MdB**, lud der Gesandte der Botschaft des Staates Israel, Ilan Mor, 20 Schülerinnen und Schüler zu einem Gespräch in die Israelische Botschaft ein.

Dieser Einladung folgten Schülerinnen und Schüler des Otto – Nagel –Gymnasiums in Biesdorf und einige Interessierte der SchülerUnion und JungenUnion Neuköllns mit großem Interesse und Neugier, gerade angesichts der aktuellen Situation im Nahen Osten.

Bevor das Gespräch mit Ilan Mor begann, wurde die Gruppe bei einer kurzen Führung über die Architektur und den Bau des Botschaftsgebäudes informiert.

Der Gesandte stellte nach einer sehr freundlichen Begrüßung und einem kurzen Einblick in seinen Lebenslauf seine Sicht auf die Ereignisse in und um Israel dar. Israel sei ein „Phänomen im Nahen Osten“, weil es sich aus jüdischen Einwanderern aus aller Welt zusammensetzt, seit 60 Jahren ein anerkannter Staat ist, eine starke Orientierung an europäischen Wertvorstellungen hat und sich als einzige Demokratie mitten unter arabischen Nachbarländern erfolgreich behauptet.

In Bezug auf die aktuelle Lage und den teilweise dramatischen Alltag wurden die Schülerinnen und Schüler über die derzeitige Situation im Nahen Osten informiert.



Im Anschluss seiner Ausführungen durften die Schülerinnen und Schüler alle sie bewegenden Fragen stellen. Besonders interessierten sich die Jugendlichen für das deutsch-israelische Verhältnis, die Wasserversorgung innerhalb und außerhalb Israels, die vergangenen Wahlen der Hamas oder die Falschdarstellungen und latente Unwissenheit über Israel. Ein Ergebnis der Debatte ist die Überzeugung, dass der direkte Schüleraustausch weit mehr als bisher genutzt werden sollte, um das gegenseitige Verständnis auszubauen. Prof. Monika Grütters ermutigte die Schülerinnen und Schüler, die vielen Möglichkeiten des Austauschs

noch viel stärker für sich zu nutzen.

Spontan und erfreut über das große Interesse, bot Ilan Mor den Schülerinnen und Schülern an, zu ihnen nach Marzahn zu kommen, um die noch offenen Fragen zu beantworten. Dieses Angebot wurde dankend angenommen. Sobald ein erneutes Treffen geplant ist, wird dies auf der Homepage von **Monika Grütters** mitgeteilt.

Waffenruhe in Gaza macht Hoffnung auf Frieden

Von **Karl-Georg Wellmann, MdB**

Wir begrüßen den geltenden Waffenstillstand in Gaza. Jetzt geht es darum den Frieden dauerhaft zu sichern. Klar ist für uns aber auch: Ohne die Aufkündigung des bisherigen Waffenstillstands durch die Hamas, hätte es die Krise nicht gegeben. Die Ursachen des Konfliktes dürfen wir nicht vergessen.

Israel befindet sich in einem jahrelang schwelenden Konflikt mit den Palästinensern. Der Gazastreifen spielte dabei schon immer eine herausragende Rolle: Nach längerer Besetzung und dem Bau von Siedlungen hat Israel im Jahr 2005 den Gazastreifen komplett geräumt, jeden israelischen Soldaten und alle israelischen Zivilisten abgezogen. Dennoch setzte die Hamas die terroristischen Angriffe auf israelische Grenzstädte, wie z.B. Sderot, mit unvermittelter Härte fort. Allein auf Sderot, Partnerstadt von Steglitz-Zehlendorf, wurden tausende von Raketen abgeschossen, die zahlreiche Menschen getötet oder verletzt haben. Ein „normaler“ Alltag ist dort seit Jahren nicht mehr möglich; die Angst lähmt die Menschen und schränkt ihre Lebenssituation massiv ein. So gibt es kaum noch öffentliches Leben, Straßencafés und Spielplätze sind verwaist, Eltern wagen nicht, ihre Kinder allein zur Schule zu schicken. Es bedroht die Legitimität eines Staates, wenn er seine Bürger nicht vor Bedrohung und Terror schützen kann. Israel hat deshalb das Recht, sich gegen die ständigen Angriffe auf sein Territorium zu verteidigen.

Die Hamas hat über Jahre hinweg durch Schmugglertunnel nach Ägypten Waffen in das Land geschleust. Das in den Gaza-Streifen gelieferte Baumaterial, das zum

Bau von Häusern und Straßen gedacht war, wurde in den Tunnelsystemen verbaut. Ganz normale Lebensmittel, wie z.B. Zucker oder Düngemittel, wurden von der Hamas zur Herstellung von Sprengstoff missbraucht. Die effektive Bekämpfung des Waffenschmuggels ist eine der Schlüsselfragen für einen dauerhaften Waffenstillstand und die Öffnung der Grenzen. Die Bundesregierung hat deshalb eine Delegation von sechs Experten nach Ägypten entsendet. Die Spezialisten sollen vor Ort klären, wie die ägyptischen Bemühungen um eine effektive Grenzkontrolle unterstützt werden können. Deutschland setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die Waffenruhe zu stabilisieren.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass den Palästinensern im Gaza-Streifen nach der Konferenz von Anapolis Hilfgelder in Milliardenhöhe zur Verfügung standen. Allein im vergangenen Jahr haben die EU-Kommission und die 27 Mitgliedsstaaten zusammen mehr als eine Milliarde Euro in die Palästinensergebiete überwiesen – mit keinem nennenswerten Ergebnis: Wir haben die Terrororganisation Hamas und eine humanitäre Katastrophe in Palästina. Im Grunde haben die Gelder nichts bewirkt.

Alle diplomatischen Mittel, den Konflikt friedlich zu lösen, haben versagt. Die Hamas stand und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass Israel vernichtet werden muss. Unsere Solidarität mit Israel besteht unvermindert fort. Gleichwohl ist unser Standpunkt, dass Krieg das allerletzte Mittel ist. Außerdem werden wir mit unseren israelischen Freunden ein kritisches Gespräch über die Art und Weise der Kriegsführung und die Opfer in der Zivilbevölkerung führen.

EU-Energiestrategie: Kernenergie unverzichtbar

Der Verkehrs- und Europapolitiker **Ingo Schmitt, MdB** begrüßt die jüngste Entschließung des Europäischen Parlaments, wonach die Kernkraft auch weiterhin ein wichtiger Teil des Energiemixes in der EU bleibt. Kostengünstige und CO²-freie Stromerzeugung ist mit Sonne, Wind und Wasser alleine nicht zu machen, von der Kohle ganz zu schweigen. Zu Recht wird die Europäische Kommission daher aufgefordert, einen Investitionsplan für die Kernenergie vorzulegen, um die Nutzung langfristig zu sichern. Denn es geht darum, den weltweit höchsten technischen Standard aufrechtzuerhalten, der die europäische Kernenergie mit den modernsten und sichersten Anlagen international wettbewerbsfähig macht. „Diesen Vorsprung, der uns zum Weltmarktführer gemacht hat, müssen wir weiter ausbauen, anstatt ihn aufzugeben“, so **Schmitt**.

Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie sind machbar. Voraussetzung ist allerdings, alle verfügbaren Ressourcen zu nutzen. Langfristig wird auch für Deutschland kein Weg an der Kernkraft vorbei führen, will man die ambitionierten Klimaziele der Bundesregierung einhalten.

Konjunkturpaket II braucht schnelle und mittelstandswirksame Umsetzung

Dank des „Paktes für Beschäftigung und Stabilität“ werden dem Land Berlin zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von rund 632 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ein Großteil dieses Geldes ist für öffentliche Investitionen in die Schul- und Verkehrsinfrastruktur sowie zur energetischen Gebäudesanierung vorgesehen. Nach Meinung des **Spandauer Bundestagsabgeordneten Kai Wegner** sollte das mittelständische Baugewerbe, das für die überwiegende Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze verantwortlich ist, von den Mitteln des Konjunkturpaketes in besonderem Maße profitieren: „Der Senat ist in der Pflicht, die heimischen Mittelständler durch eine geeignete Auswahl von Investitionsprojekten sowie mittelstandsfreundlichen Ausschreibungen besonders zu berücksichtigen. Entscheidend für die Sicherung von Arbeitsplätzen ist darüber hinaus, dass die Mittel möglichst kurzfristig bauwirksam eingesetzt werden können.“ So hat das Bundeswirtschaftsministerium für Bundesbauprojekte eine temporäre Vereinfachung des Vergaberechts durchgesetzt. Auch die Brandenburger Landesregierung hat bereits angekündigt, das Landesvergaberecht nach Bundesvorbild zu erleichtern. Nur der Berliner Senat hält sich in dieser wichtigen Frage unverständlicher Weise bedeckt. „Statt den Umfang des Paketes zu kritisieren, täte der rot-rote Senat gut daran, alle Vorkehrungen zu treffen, die Wirksamkeit der Investitionen sicherzustellen. Das ist bis jetzt nicht geschehen“, so **Wegner** abschließend.

Bund hilft Gedächtniskirche – 1 Millionen Euro für Sanierung aus Denkmalprogramm bewilligt

Anlässlich der Bewilligung der Zuschüsse zur Förderung national wertvoller Kulturgüter erklärt die **Berliner Bundestagsabgeordnete Monika Grütters**:

„Der Beschluss im Haushaltsausschuss des Bundestages bedeutet für Berlin ein ganz besonderes Geschenk. 1 Million Euro stehen damit für die Sanierung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zur Verfügung. Der Bau ist ein weltweit bekanntes Wahrzeichen für Frieden und Versöhnung und der herausragende Anziehungspunkt der City West in Berlin. Auf 4 Millionen Euro werden die Sanierungskosten für den mittlerweile bröcklig gewordenen Turm der Kriegsruine geschätzt. Die Spendenaktion „Rettet den Turm“ brachte bereits 650.000 Euro ein. 250.000 Euro steuert die Deutsche Stiftung Denkmalschutz bei. Die Lottostiftung stellt ebenfalls eine Million Euro zur Verfügung. Mit der Finanzierungszusage des Bundes sollte nun auch Berlin endlich die zugesagten Finanzmittel für die Sanierung dieses Wahrzeichens der Stadt bereitstellen, damit die drin-

genden Erhaltungsmaßnahmen dieses Jahr beginnen können.

Insgesamt werden mit dem Beschluss im Bundestag 13,5 Millionen Euro zur Denkmalsanierung bundesweit bewilligt. Auf Initiative der CDU/CSU-Kulturpolitiker schrieb Kulturstaatsminister Bernd Neumann 2008 das auf drei Jahre angelegte Sonderprogramm Denkmalschutz aus. In Berlin wurden damit bisher die Restaurierungsmaßnahmen des Berliner Domes, des Dorotheenstädtischen Friedhofs, der Marienkirche, des Schlosses Schönhausen und des Jüdischen Friedhofs Weißensee finanziert.

Mit der Gedächtniskirche erfährt nun ein besonders herausragendes Denkmal der Hauptstadt die Förderung des Bundes. Wir danken dem Bund, dass er mit seiner Förderzusage ein klares Zeichen gesetzt hat und erwarten, dass sich auch das Land Berlin endlich zu seiner Verantwortung für die Gedächtniskirche, dem Herzen der City West, bekennt.“

ELENA - Startschuss für weiteren Bürokratieabbau

Von Kai Wegner, MdB

Bisher stellen die rund 3 Mio. Arbeitgeber in unserem Land Jahr für Jahr etwa 60 Mio. Bescheinigungen in Papierform aus. Diese Entgeltnachweise benötigen die Beschäftigten, um gegenüber öffentlichen Stellen die Voraussetzungen für eine bestimmte staatliche Leistung wie z.B. das Elterngeld nachweisen zu können. Dabei ist die Sinnhaftigkeit dieses Verfahrens im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung zu hinterfragen. Denn die für die Bescheinigungen notwendigen Daten werden sowohl beim Arbeitgeber als auch bei der Behörde elektronisch verarbeitet. Die gesetzliche Pflicht zur Ausstellung der papiergebundenen Entgeltbescheinigung basiert damit ausschließlich auf der fehlenden sicheren elektronischen Verbindung zwischen staatlichen Behörden und Arbeitgebern. Diese Verbindung wird mit dem Gesetz über das Verfahren zum elektronischen Entgeltnachweis geschaffen. Mit Hilfe des neuen Verfahrens tritt an die Stelle der

Papierbescheinigung eine elektronische Meldung des Arbeitgebers an eine zentrale Speicherstelle. Dort können die Daten aber nur abgerufen werden, wenn der Bürger das ausdrücklich gestattet. Dies geschieht durch Freigabe mittels einer qualifizierten Signatur, die er z.B. auf seiner Bankkarte speichern lassen kann. Ein Verfahren, ähnlich dem Geldabheben bei einem Geldautomaten der Bank. Damit bleiben die Daten immer in der alleinigen Verfügungsgewalt der Bürger.

Der elektronische Entgeltnachweis, kurz ELENA, ist das wohl wichtigste Projekt zur Verwaltungsmodernisierung und zum Bürokratieabbau in dieser Legislaturperiode. So schätzt der Normenkontrollrat die jährlichen Kosten für die Ausstellung der Entgeltnachweise auf rund 500 Millionen Euro. Diese Kosten können durch eine standardisierte elektronische Meldung massiv gesenkt werden. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren davon. Denn hier sind die Kosten für die Ausstellung von Papierbescheinigungen besonders hoch.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

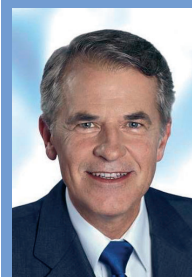
ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 10111 Berlin